

Calmer Tagblatt

Nr. 157.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Veröffentlichungswelle: Einmal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile Nr. 2,50. — Resten Nr. 7.—. Auf Samstagsnummern kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Montag, den 10. Juli 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Erlegerlohn Nr. 60.— vierteljährlich. Postbezugspreis Nr. 60.— mit Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Reichsregierung hat die Absicht, ein Stundungsgebot an den Entschädigungsausschuß zu richten, mit dem Ziel, die Verzinsungen auf einen längeren Zeitraum zu verteilten.

Die Abstimmung über die Autonomie für Oberschlesien soll am Sonntag, den 3. September stattfinden.

Der Geschichtsmaler Ferdinand Keller, früherer Präsident der Münchner Akademie und langjähriger Direktor der Akademie der Bildenden Künste in Karlsruhe, ist im 80. Lebensjahre gestorben.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel verkauft, die Regierung der Ber. Staaten schide sich an, durch nichtoffizielle Vermittler mit Mustafa Kemal Pascha über ein Handelsabkommen zu verhandeln. — Sie erkennt also die nationaltürkische „irreguläre“ Regierung nichtoffiziell an.

Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten der französischen Kammer hat das zwischen Rathenau und Loucheur abgeschlossene, sogenannte Wiesbadener Abkommen genehmigt.

Zur innerpolitischen Lage.

Weiterberatung des Gesetzes zum Schutze der Republik im Rechtsauschuß.

Berlin, 9. Juli. Heute trat der Rechtsauschuß des Reichstags zusammen, um in zweiter Lesung den Gesetzentwurf zum Schutze der Republik zu beraten. Abgelehnt wurde ein Antrag der Linksparteien, der für dieses Gesetz die Todesstrafe abschaffen wollte. Es bleibt also bei der Todesstrafe. Nach weiterer Beratung wurde dann in zweiter Lesung der ganze erste Teil des Gesetzes, der die Strafbestimmungen zum Schutze der Republik enthält, im wesentlichen in der Fassung der ersten Lesung angenommen. Hierauf wandte sich der Rechtsauschuß den Gesetzesbestimmungen über den Staatsgerichtshof zu.

Berlin, 10. Juli. Der Rechtsauschuß des Reichstags hat gestern in zweiter Lesung einstimmig einen Antrag der Linken angenommen, daß der Staatsgerichtshof sich aus zwei Mitgliedern des Reichsgerichts und aus fünf Laienrichtern zusammensetzen soll. Außerdem wurde die Vorlage erster Lesung dahin abgeändert, daß Anklagebehörde die Reichsanwaltschaft sein soll. Damit war die zweite Lesung über den Staatsgerichtshof abgeschlossen und der Ausschuß begann die Beratung über die Teile 3 und 4 des Entwurfs, welche die verbotenen Vereinigungen und die Beschlagnahme, sowie das Verbot von Druckschriften behandeln. Reichsminister des Innern Dr. Röster erklärte auf eine Anfrage hin, daß diejenigen Vereine nicht berührt würden, welche die monarchische Gesinnung und das Legimitätsprinzip in verfassungsmäßigem Rahmen pflegen. In füngemäßiger Fassung wurde der betreffende Paragraph auch vom Ausschuß angenommen. Im übrigen blieb bei den Teilen 3 und 4 der wesentliche Text der ersten Lesung unverändert. Bei der Beratung des die Mitglieder vormalig landesherrlicher Familien behandelnden Teiles 5 des Gesetzes blieb § 13, der die Verbannung vormalig landesherrlicher Familienmitglieder betrifft, wenn sie sich nach dem Gesetz schuldig gemacht haben, gegen die Stimmen der Linken gestrichen. Zu § 14 beantragten die Abgeordneten Dr. Bell (Zentr.) und Schücking (Dem.), den Paragraphen so zu fassen, daß Mitgliedern vormalig landesherrlicher Familien dann, wenn sie ihren dauernden Aufenthalt im Auslande haben, das Betreten des Reichsgebiets untersagt oder auf bestimmte Teile des Reichs beschränkt werden kann. Binnen zwei Wochen kann dann der Betroffene die Entscheidung des Staatsgerichtshofs anrufen. Dieser Antrag des Zentrums und der Demokraten wurde angenommen. Bei der Beratung der Schlußbestimmungen wurde festgesetzt, daß schon die Verabredung eines Mordes mit Gefängnis nicht unter einem Jahr, eventuell mit Zuchthaus bestraft werden soll. Als § 16 wurde in das Gesetz zum Schutze der Republik eingefügt: „Eine Maßnahme, die auf Grund der Verordnungen des Reichspräsidenten getroffen ist, gilt als auf Grund dieses Gesetzes getroffen.“ Hiermit war die zweite Lesung des Gesetzentwurfes beendet und der Ausschuß vertagte sich in später Abendstunde.

Scheidemann zur innerpolitischen Lage.

Frankfurt a. M., 9. Juni. Oberbürgermeister Scheidemann sprach heute in dem dicht gefüllten Saal des Palmengartens über die Entwicklung der politischen Zustände Deutschlands seit 1918. Einer der größten Fehler von 1918 sei der gewesen, die Freiheit der Presse aufrecht zu erhalten. Gegen die Reaktion

müsse der Kampf bis aufs Messer geführt werden, wenn man nicht selbst dem Meißel oder dem Revolver zum Opfer fallen wolle. Gegen die Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition verhielt sich Scheidemann ablehnend. Was man brauche, sei die Hilfe des ehelichen demokratischen Bürgertums. Die sozialistischen Parteien allein seien nicht in der Lage, Deutschland zu repräsentieren mit dem auch die Ententeländer, mit denen man noch sehr stark rechnen müsse, verhandeln würden. Dieses Bürgertum müsse man gern und freudig willkommen heißen. Die Einigkeit unter den Arbeitern schreite fort. Sie seien zum Kampf bereit, zum Kampf mit geistigen Waffen. Aber die Arbeiterschaft scheue auch den anderen Kampf nicht, wenn er ihr aufgezwungen werde. Das Gesetz zum Schutze der Republik würde bedrucktes Papier bleiben, wenn nicht der Wille dahinterstehe, das, was darauf stehe, auch in die Tat umzusetzen. Wenn die Reaktion weiter so arbeite wie bisher, werde man in Deutschland den blutigsten Bürgerkrieg haben. Schließlich meinte Scheidemann, man solle an das Volk appellieren und den Reichstag auflösen.

Eine Entschliebung der deutschen Volkspartei zu den politischen Tagesfragen.

Berlin, 9. Juli. Der heute hier verammelte Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei genehmigte einstimmig eine Entschliebung, in der es heißt: Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei erhebt einmütig Protest gegen die Verpehung unseres öffentlichen Lebens durch Mordorganisationen und durch Aufreizung der Mordinstinkte. Die schärfsten Maßregeln gegen solche Agitationen und Organisationen finden seine Zustimmung. Der Streit um die Frage der Staatsform hat in dieser schweren Not unseres Vaterlandes zu schweigen. Wir sind überzeugt, daß der Wiederaufbau Deutschlands nur auf dem Boden der republikanischen Verfassung möglich ist. Deshalb stimmen wir dem Schutze dieser Verfassung und der Bereitschaft der Reichstagsfraktion zu, an dem Gesetz zum Schutze der Republik mitzuwirken, wenn ihm der Charakter eines einseitigen Ausnahmegesetzes genommen wird. Von der Regierung verlangen wir die Wiederaufrichtung der Staatsautorität gegen die Herrschaft der Straße. Wir verwahren uns gegen jede Schmähung der großen Vergangenheit. Wir wollen die Reichsflagge gegen Verächtlichmachung geschützt wissen, aber wir wenden uns ebenso gegen jede Beschimpfung der schwarz-weiß-rotten Farben, die uns das Symbol der errungenen deutschen Einigkeit sind. Im Interesse der so notwendigen inneren Gesundung wenden wir uns gegen jede Verhetzung auch durch rechtsradikale Elemente mit rüchichtsloser Schärfe.

Das württ. Zentrum gegen Regierungserweiterung nach links.

(SCW) Stuttgart, 8. Juli. Die Württ. Zentrumskorrespondenz warnt in einem Artikel vor einer Hereinnahme der Unabhängigen in die Koalitionsregierung aufs nachdrücklichste. Die Stimmung sei, soweit Württemberg in Betracht komme, unbedingt gegen eine Regierungskoalition des Zentrums mit den Unabhängigen. Eine solche Koalitionserweiterung widerstrebe den Gefühlen und grundsätzlichen Auffassungen der Zentrumswähler. Der Eintritt der Unabhängigen in die Regierung sei im Hinblick auf die Struktur der Zentrumspartei nur sehr schwer zu ertragen. Weder die Arbeiter noch die Bauern, Beamte, Mittelsstandsangehörige und alle übrigen Kreise der Partei würden es wünschen, daß Leute mit dem Zentrum zusammen die Verantwortung für die Regierung tragen und ihre Richtung bestimmen sollen, die noch vor kurzem die Diktatur des Proletariats priesen und auch heute noch einem ganz üblen Wortradikalismus huldigen.

Oberschlesien.

Nebernahme der Regierungsgewalt durch die Vertreter Deutschlands.

Oppeln, 9. Juli. Heute vormittag ist die Regierungsgewalt an den deutschen Vertreter übergeben worden. Darauf sind die Mitglieder der interalliierten Kommission, Lerond, de Marini und Stuart, abgereist.

Die erste Sitzung des Schiedsgerichtshofes.

Beuthen, 10. Juli. Heute findet die erste Sitzung des Schiedsgerichtshofes für Oberschlesien im hiesigen Landgerichtsgebäude statt. Gegenstand der Verhandlungen wird die Vorbereitung der Verfahrensordnung des Schiedsgerichtshofes sein.

Calonders Besuch in Warschau.

Beuthen, 10. Juli. Der Präsident der gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, hat sich gestern in Begleitung der deutschen und der polnischen Mitglieder nach Warschau begeben, um sich der polnischen Regierung vorzustellen.

Die Abstimmung über die Autonomie in Oberschlesien.

Berlin, 8. Juli. Der Reichsminister des Innern, Dr. Röster, hat durch Verordnung vom 8. Juli bestimmt, daß die Abstimmung in Oberschlesien über die Autonomiefrage am Sonntag, 3. September, stattfindet. Zum Abstimmungsleiter ist Oberpräsident Billa in Oppeln ernannt worden.

Anschläge auf deutsche Zeitungen.

Berlin, 8. Juli. Nach hier vorliegenden Meldungen sind in polnisch Oberschlesien auf eine Reihe von deutschen Zeitungsbetrieben Bombenattentate verübt worden. Deutsche Beamte und Arbeiter wurden mißhandelt und terrorisiert. Gestern ist der Bürgermeister von Königshütte mit Vertretern der Gewerkschaften beim Wojwoden deswegen vorstellig geworden. Dieser hat zugesagt, alles zu tun, was in seiner Macht stehe. Es soll ein Aufruf zur Abgabe der Waffen ergehen. Die Polizei soll verschärfte Anweisungen erhalten. Beamte, die den Terror unterstützen, sollen aus ihrem Amte entfernt werden und landfremde Elemente abgeschoben werden. Sollte trotzdem keine Besserung eintreten, so soll die Verhängung des Belagerungszustandes erwogen werden.

Zur auswärtigen Lage.

Ein Stundungsgebot der Reichsregierung.

Berlin, 8. Juli. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung sich zu einem Moratoriumsgebot entschlossen mit dem Ziele, die Verzinsungen auf einen längeren Zeitraum zu verteilten, um so eine Atempause zu bekommen. Die Verhandlungen sind bereits im Gange. Die Staatssekretäre Schröder und Fischer sind heute nach Paris abgereist, um mit den Mitgliedern der Entschädigungskommission in Verbindung zu treten. Später dürfte Staatssekretär Bergmann folgen.

Immer wieder das Reparationsproblem.

Paris, 9. Juli. Der italienische Außenminister Schanzer hatte heute vormittag eine zweistündige Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré. Der italienische Minister weigerte sich, irgend eine Mitteilung darüber zu machen, doch glaubt die Agence Havas mitteilen zu können, daß die Verhandlungen allgemeinen Charakter tragen und zu keiner Entscheidung führen, was sich übrigens auch aus dem kurzen Meinungsaustausch ergebe. Es sei nicht davon die Rede gewesen, den Obersten Rat zusammenzubekommen. Nach der Agence Havas geht die Meinung in offiziellen italienischen Kreisen dahin, daß in der Reparationsfrage keine Lösung herbeigeführt werden kann, bevor das in Berlin befindliche Garantiekomitee der Reparationskommission seinen Bericht über die Finanzkontrolle erstattet hat. Das scheint auch die Ansicht zu sein, die in interessierten Kreisen in Paris vorherrscht. Nach dem „Temps“ findet keine weitere Unterredung zwischen Schanzer und Poincaré statt, da ersterer schon heute abend die Reise nach Rom angetreten hat.

Paris, 9. Juli. Der Londoner Berichterstatter des „Petit Journal“ teilt mit, am kommenden Dienstag werde ein außerordentlicher Ministerrat unter dem Vorsitz von Lloyd George abgehalten, der sich mit der Reparationsfrage beschäftigen werde. Der Berichterstatter glaubt, daß Lloyd George sich mit dem italienischen Minister des Auswärtigen Schanzer über die Einberufung des Obersten Rates verständigt habe und daß Schanzer heute in Paris darüber mit Poincaré verhandelt werde. Lloyd George habe noch am Abend vor seiner Abreise aus London mit dem Schatzkanzler Horne gesprochen, der seinerseits sich sofort zu Chamberlain begeben habe. Letzterer habe Horne sogar im Krankenzimmer empfangen. Die Unterredung habe sich auf die deutschen Zahlungen und die Kriegsschulden der Alliierten bezogen.

Das Wiesbadener Abkommen von der französischen Kammer angenommen.

Paris, 9. Juli. Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat gestern eine Sitzung abgehalten. Das Wiesbadener Abkommen und das Abkommen Gilet wurden angenommen. Der Ausschuß nahm Kenntnis von der Entscheidung der Regierung, diese beide Abkommen in Kraft zu setzen, ohne die Annahme durch die Kammer abzuwarten.

Belagerungszustand in Rio de Janeiro.

Paris, 8. Juli. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Rio-de-Janeiro haben Kammer und Senat für die Dauer von 30 Tagen den Belagerungszustand erklärt. Im Laufe der Meuterei sollen Granaten in das Kriegsministerium gefallen sein. Man berichtet von 4 Toten und 16 Verletzten. Da Fonseca wird eifrig gesucht. Nach einer anderen Meldung soll er aufgefordert worden sein, sich zu stellen, wenn er nicht als Deferteur behandelt werden wolle.

Achtung!
ergau
1922 sein

ufest
ingen

mit
rennen,
men-Korso
eine).

morgens 5 Uhr
r.
Radspots aus
eladen.

ärtringen.



ubulach

ere Touren

ernsprecher
Nr. 4.

auf.

ns 7 Uhr

z. Dachsen

n

cher Trans-

er Milch-

r, junger



rer, hoch-

nnen;

ngvieh

ber zu Kauf

aden

öwengart,

Deutschland.

Das Beamtengesetz im Reichsrat.

Berlin, 7. Juli. Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit dem Gesetzentwurf über die Pflicht der Beamten zum Schutz der Republik. In dem Gesetzentwurf wird festgestellt, daß die Befugnis der Eidesleistung auf die Republik die sofortige Entlassung des Beamten ohne Disziplinarverfahren zur Folge hätte. Finanzielle Ansprüche stehen ihm nicht zu. Zur Durchführung des Gesetzes sollen die vorhandenen Disziplinargerichte verstärkt werden. Für gewisse schwere Fälle soll ein besonderer Disziplinarhof eingerichtet werden und zwar ein kleiner Disziplinarhof als erste Instanz und ein größerer als zweite Instanz. Vor der Generalabstimmung erklärte der bayerische Gesandte von Preger, daß für die bayerische Regierung das Gesetz in der Form nicht annehmbar sei. In der Gesamtabstimmung wurde der Gesetzentwurf mit 49 gegen 16 Stimmen angenommen. Für das Gesetz stimmten alle Staaten mit Ausnahme Bayerns, sowie der Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Westfalen, der Rheinprovinz und Hessen-Nassau.

Vor neuen Steuererforderungen der Beamtenschaft?

Berlin, 8. Juli. Nach dem „Vorwärts“ finden zur Zeit mit Rücksicht auf die fortschreitende Geldentwertung und die zunehmende Teuerung Verhandlungen zwischen den einzelnen Beamtensorganisationen statt, um eine neue Steueraktion in die Wege zu leiten.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. Juli 1922.

Zur Getreideumlage.

Das Landwirtschaftliche Wochenblatt schreibt zur Annahme der Getreideumlage im Reichstag u. a.: Damit man sich bei uns in Württemberg keinen eiteln Hoffnungen hingibt, mag noch darauf hingewiesen werden, daß die neue Umlage für Württemberg ein Aufbringungsoll von 35 000 Tonnen oder 700 000 Tennen gegenüber einer vorjährigen Umlage von nur 15 000 Tonnen oder 300 000 Tn. mit sich bringt. Dabei hatten wir letztes Jahr in Württemberg eine gute Getreideernte, während dieses Jahr die Aussichten nur sehr mäßig sind.

Der heißeste Tag.

In Stuttgart hat der Tag erreicht die Höhe am Donnerstag den Rekordstand von 36 Grad Celsius, im Schatten gemessen (37. Sommertag), nachdem das Thermometer in den ersten Morgenstunden 18 Grad, um 7 Uhr morgens 23 Grad und um 2 Uhr nachmittags 33 1/2 Grad angezeigt hatte. Noch abends 9 Uhr konnte man an der Thermometerskala 25 1/2 Grad ablesen. Auf den Hildern (Hohenheim) wurden 34 Grad, im Bodenseegebiet 32 1/2, im Oberland (Vöhrach) 31 1/2, im Donautal (Sigmaringen) 31 1/2, im Schwarzwald (Freudenstadt) 29 und auf der Alb (Münzingen) 23 1/2 Grad Celsius, im Schatten gemessen.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Der erste Einbruch der großen Störung im Norden ist überstanden. Auf der Rückseite des Luftwirbels ist am Dienstag und Mittwoch zwar noch unbeständiges, aber vorwiegend trockenes und mäßig warmes Wetter zu erwarten.

Hundespport.

(SGB.) Bietigheim, 9. Juli. Der Verein der Hundefreunde Bietigheim unter Leitung des weltbekannten Schäferhundesmannes, Steuerinspektor Ott, veranstaltet am 23. Juli hier die erste Katalogschau. Ausgeworfen sind 3000 M. Zuchtgruppenpreise, 4 Stadtehrenpreise, zahlreiche Bar- und Ehrenpreise, 1 Entfernungspreis für weitestferne Zuchtgruppe, hervorragende Preisstiftungen, 11 Spezial-eichter sind geladen. Bortreffliche Unterbringung der Hunde. Der Meldefluß ist auf den 14. Juli festgesetzt. Programme sind durch die Leitung zu erhalten.

(SGB.) Hohendorf O. A. Nagold, 8. Juli. (Unfall.) Der in den 60er Jahren stehende verheiratete Chr. Bäuerle, Landwirt, verunglückte in seinem Hof berast, daß ihm der rechte Fuß unterhalb des Knies herausgerissen wurde. Mittels Auto erfolgte seine Ueberführung ins Bezirkskrankenhaus Nagold.

(SGB.) Stuttgart, 9. Juli. Der Haushaltsplan der Stadt Stuttgart für 1922 verzeichnete an Ausgaben 1 579 074 800 M., an Betriebseinnahmen aber nur 1 089 561 400 Mark. Das ergibt einen bloß teilweise aus Steuern zu deckenden Finanzbedarf von 449 449 400 M. Er ist sonach gegen das Jahr 1921 um das 3,5fache gestiegen. Die Polizeiverwaltung erfordert einen Zuschuß von 51 Millionen, wobei schon in Rechnung gestellt ist, daß sie bald auf die Staatsverwaltung übergeht. Der Zuschuß für Wohlfahrtspflege und Fürsorgewesen, wozu auch die Krankenanstalten gehören, ist von 26 auf 91 Millionen, der für Erziehung und Bildung von 18,5 auf 60,5 Millionen gestiegen. Die persönlichen Ausgaben sind von 102,5 auf 342 Mill. in die Höhe geschwellt. Davon entfallen 143,5 Mill. auf 2395 planmäßige Beamte, 52 Mill. auf 1228 außerplanmäßige Angestellte und 146,5 Mill. auf 2866 Arbeiter und Hausangestellte. Besonders zu beachten bleibt der sehr geringe Unterschied zwischen der ersten und der letzten dieser drei Gruppen.

(SGB.) Stuttgart, 8. Juli. Staatspräsident und Kultminister Dr. Hieber hat dem Dichter Hans Heinrich Ehrler zu seinem 50. Geburtstag den herzlichsten Glückwunsch ausgesprochen mit dem Wunsch, daß ihm seine Schaffenskraft und Schaffensfreudigkeit zur Freude aller Freunde wahrer, tiefer Dichtung noch lange in alter Frische erhalten bleiben möge.

(SGB.) Hohenheim, 7. Juli. (Der erste Rektor der Hochschule.) Der Senat der Landw. Hochschule in Hohenheim hat auf Grund der anlässlich der Jahrhundertfeier verabschiedeten neuen Verfassung für die Hochschule dieser Tage erstmals einen Rektor für das laufende Studienjahr gewählt. Die Wahl fiel auf Professor Dr. Wacker, der seit 1907 in Hohen-

Ämtliche Bekanntmachungen.

Versicherungsamt Calw.

Festsetzung des Wertes der Sachbezüge für die Zwecke der Reichsversicherung.

Die zum Entgelt im Sinne der Reichsversicherungsordg. gehörigen Sachbezüge werden nach § 160 Abs. 2 der R.V.O. für den ganzen Oberamtsbezirk Calw mit Wirkung vom 3. Juli 1922 ab in folgenden Jahreswerten festgesetzt:

I. Einzelpersonen:

- 1. freie Kost (volle Verpflegung) 4500 M.
- 2. freie Wohnung 400 M.
- 3. freier Holzbezug und sonstige Sachleistungen außer Ziff. 1 und 2 400 M.
- 4. Somit freie Station zusammen 5300 M.

II. Familien:

- 1. freie Wohnung 800 M.
- 2. freier Holzbezug und sonstige Sachleistungen wie oben Ziff. 3 600 M.

III. Ledige Betriebsbeamte:

- 1. freie Kost 7500 M.
- 2. freie Wohnung 800 M.
- 3. freies Holz, Licht und sonstige Sachleistungen außer Ziff. 1 und 2 700 M.

IV. Verheiratete Betriebsbeamte:

- Freie Wohnung 1000 M.
- Die bisher in Geltung befindliche Festsetzung vom 15. Dez. 1921 tritt mit obigem Termin außer Wirksamkeit.

Calw, den 5. Juli 1922. G. S. S., Oberamtmann.

Maui- und Klauenseuche.

Die Seuche ist in Eßlingen, Oberamt Nagold, ausgebrochen. Auf den Markt in Calw am 12. Juli 1922 ist der Zutritt von Händlern aus dem Oberamt Nagold sowie von Personen aus Eßlingen strengstens verboten.

Calw, den 8. Juli 1922. Oberamt: S. S. S., Amtmann.

heim ist, ein aus der württ. Landwirtschaft hervorgegangener Landwirt, der sich allgemeinen Ansehens erfreut. Der neue Rektor stammt von Gröningen, O. A. Crailsheim, und ist 54 Jahre alt.

Landtag.

(SGB.) Stuttgart, 8. Juli. (Aus dem Finanzausschuß.) Im Finanzausschuß wurde das Gesetz über die Gerichts- und Notariatsgebührenordnung zu Ende beraten. Es wurde in Art. 1 Ziff. 4, nach einem Antrag Bad-Scheef Ziff. 7 des Art. 2 gestrichen. Dadurch werden künftig keine Gebühren erhoben für die bei einer amtlichen Fürsorgetätigkeit nötig werdenden öffentlichen Beurkundungen Regelung der Ansprüche unehelicher Kinder gegen den Vater. Hierauf wurden verschiedene Eingaben behandelt. Eine längere Debatte entspann sich im Anschluß an die Eingabe des Staatsanwalts Heß-Willm um Gewährung von Bauholz zum Marktpreis vom Dezember 1921. Die Debatte erörterte die Schnelligkeit, mit der die Bescheide der Forstdirektion über Befugnis von Bauholz erfolgen. Die Eingabe wurde dem Staatsministerium zur wohlwollenden Nachprüfung übergeben. Die Eingabe betr. Ortsklasseneinteilung der Gemeinde Weilmordorf wird der Regierung zur Erwägung überwiesen. Die Eingaben, die sich mit der Eingruppierung der Alpenflora befassen, werden sämtlich zurückgestellt bis nach Beratung des Staatshaushaltsplans. — Nächste Sitzung: Dienstag nachm. 4 Uhr.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Das Goldzollaufgeld

wird künftig wieder wöchentlich unter Berücksichtigung des Dollarkurses der vorhergehenden Woche festgesetzt werden. Für die vergangene Woche bis 8. Juli einschließlich betrug es 7900 M.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Geldmarkt. Bei einem Dollarkurs von 468 M., d. h. 100 M. mehr als vor 8 Tagen, bedarf es zur Charakterisierung des Geldmarktes nicht vieler Worte. Die Geldknappheit wird allmählich unerblicklich und trägt ihrerseits dazu bei, die Teuerung zu beschleunigen. Ein Weltremmen nach Devisen und eine wilde Spekulationswut sind die Kennzeichen unserer jetzigen Wirtschaft. 100 deutsche Mark kosteten am 6. Juli in Zürich gerade noch 1,15 1/2 (am 29. Juni 1,42 1/2) Franken, in Amsterdam 0,57 (0,70 1/2) Gulden, in Kopenhagen 1,05 (1,31), in Stockholm 0,90 (1,10) Kronen, in Wien 4670 (5495), in Prag 1182,50 (1320) Kronen und in Newyork 0,21 1/2 (0,27) Dollar.

Börse. Jetzt hat auch an der Effektenbörse wieder eine scharfe Hauffee eingesetzt, die die Kurse 100 prozentweis in die Höhe treibt und, seitdem der Dollar die 400 M.-Grenze überschritten hat, keine Schranken mehr kennt. Alle Arten von Effektenpapieren wurden während der letzten Tage in wildem Taumel gekauft. Man fragte nichts mehr nach den innerpolitischen Schwierigkeiten. Die Großbanken scheinen jedoch vorsichtig zu sein und allen Auswüchsen entgegenzutreten zu wollen, was jedoch vorläufig noch keine erkennbare Wirkung erzielt hat. Am meisten gesucht sind natürlich Industrie- und Eisenpapiere, von den württ. Werken Spinnerei- und Maschinenaktien.

Produktenmarkt. Der Weizenkurs hat die Laufendmarkt-Grenze überschritten! Das war in der Geschichte Deutschlands noch nie da. Aber es beweist, daß wir jetzt österreichische Preise und Zustände haben. Preisverschärfend wirkt die Tatsache, daß das Angebot in inländischer Ware, wie übrigens immer am Schluß eines Erntejahres nur noch klein ist. Die Stuttgarter Landesproduktbörse hat am letzten Montag Preisnotierungen unterlassen, weil ihr die Situation zu unsicher erschien. In Berlin dagegen notierten am 6. Juli Weizen 1025—1050 (plus 100) M., Roggen 790—818 (plus 140), Sommergerste 910—995 (plus 130), Hafer 830—865 (plus 150), Mais 770—775 (plus 140) und Weizenmehl 2750—2900 (plus 250) Mark.

Warenmarkt. Auch hier natürlich Hauffee auf der ganzen Linie. So wurden beispielsweise an der Industrie- und Handels-

börse Stuttgart am 5. Juli Baumwollgarne um 90 M., d. h. um 33 1/2 Proz., Baumwollgewebe um 12 M., d. h. um 25 Proz. mit einem Schläge hinaufgesetzt. Kohle, Eisen, Metallwaren aller Art, Häute, Leder, Schuhwaren usw. alles zeigt sprunghafte Preissteigerungen. Ueberall stehen neue Lohnforderungen in Aussicht, die natürlich weiter verteuern werden.

Wiehm a r k t. Auch hier haben die Preise wieder angezogen. Ein schönes Milchschwein kostet 3000 M. Die Schlachtwiegepreise und infolgedessen auch die Fleischpreise in den Bädern bewegen sich rasch aufwärts.

Polzmarkt. Lage unverändert fest.

Die Teuerungszahlen im Juni 1922.

Die nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamts über den Aufwand der Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung berechnete Indeziffer für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats Juni auf 3779 gestiegen gegen 3462 im Monat Mai. Die Steigerung beträgt demnach 9,2 Proz. gegen 9 Proz. vom April zum Mai. Die Ernährungskosten haben sich in ungefähr gleichem Maße wie die Gesamtausgaben erhöht (um 9,4 Proz.). Die Reichsindeziffer für Ernährungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats Juni auf 5119. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist hauptsächlich durch wesentliche Preissteigerungen für Nahrungsmittel (Fleisch, Fett, Zucker, Eier und Milch) verursacht. Auch Brennstoffe, sowie Gas und Elektrizität sind überall teurer geworden. Andererseits haben sich die in den Vormonaten besonders stark im Preise gestiegenen Kartoffeln (alter Ernte) in der Berichtszeit überall wesentlich verbilligt. Die erheblichen Preissteigerungen infolge der neuerlichen Salutarverschlechterung kommen in der Indeziffer für Juni nicht zum Ausdruck. In den mittleren und kleinen Städten zeigt sich diesmal meist ein stärkerer Fortschritt der Teuerung als in den Großstädten.

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens im Monat Juni 1922.

Essen, 5. Juli. Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens (einschl. der linksrheinischen Zechen) wird für den Monat Juni 1922 auf etwa 7 Millionen Tonnen in 23 1/2 Arbeitstagen veranschlagt. Im Mai 1922 stellte sich die Kohlenförderung in 26 Arbeitstagen auf 8,08 Millionen Tonnen und im Juni 1921 auf 7,75 Millionen Tn. in 25 1/2 Arbeitstagen. Arbeitstäglich gerechnet wird sich für Juni 1922 voraussichtlich eine Förderung von etwa 295 000 Tn. ergeben, gegenüber einer arbeitstäglichen Förderung von 310 844 Tn. im Mai 1922 und von 307 063 im Juni 1921. Das Ergebnis der Kohlenförderung wurde namentlich durch den 24stündigen Demonstrationsstreik ungünstig beeinflusst. Der hierdurch hervorgerufene Förderausfall betrug rund 275 000 Tn. im Werte von 275 Mill. Mark. Dazu kommen noch die indirekten Schäden, wie Lohnausfall der Bergarbeiter, Mindereinnahmen der Eisenbahnen für den ausgefallenen Teambtransport usw.

Essen, 5. Juli. Für Kohlen, Koks und Briketts sind in der vergangenen Woche im arbeitstäglichen Durchschnitt einschließlich der nachträglich bestellten Wagen 18 082 (gerechnet zu je 10 Tn.) angefordert und auch gestellt worden (Höchstleistung am 26. 22 733). Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Durchschnittsleistung 18 206 Wagen. In den Duisburg-Ruhrorter Häfen wurden wochentäglich 21 756 (25 760) Tn., in den Zechenhäfen der Kanäle 19 950 (24 262) Tn. Brennstoffe umgeschlagen. Die Lagerbestände auf den Zechen nahmen weiterhin um rund 60 000 Tn. ab.

Die württembergische Industrie zum neuen Gewerbesteuergesetz.

Der Vorstand und der Ausschuß des Verbandes württ. Industrieller hat unter dem Vorsitz von Dr. Robert Bosh und nach einem Bericht des Abg. Emil Roth-Neutlingen und Darlegungen des Verbands-Geschäftsführers Dr. Kneher eine Eingabe an den Landtag und an das Finanzministerium zu richten beschloffen, in der eine Reihe von Verbesserungen des Entwurfs als notwendig bezeichnet wird. In der Eingabe wird anerkannt, daß der Entwurf eine Reihe von Fortschritten und Verbesserungen gegenüber dem heutigen Zustand bringt, die sich für Staat und Gemeinden in einer wesentlichen Erhöhung der Gewerbesteuerkataster als vorteilhaft erweisen werden. Als völlig falsche Vorstellung wird in der Eingabe aber die Annahme bezeichnet, daß die vorgeschlagene Reform mit Sicherheit eine Entlastung der Gewerbesteuerpflichtigen mit sich bringen werde; abgesehen davon, daß diese Frage in letzter Linie von der Höhe des Steuersatzes abhängt, über die das Gesetz noch nichts sagt, eröffnet der Entwurf nicht einmal die Aussichten auf eine solche Entlastung. In der Eingabe wird sodann dargelegt, daß auch nach Durchführung der jetzt vorgeschlagenen Reform der württ. Gewerbesteuer die Industrie in Württemberg immer noch härter belastet sei als in Bayern und Sachsen. Für die württ. Industrie sei es deshalb eine Lebensfrage, daß die Begrenzung der Gewerbesteuererlöse bei der Gemeindeumlage, wenn nicht in dem vorliegenden Gesetz, so doch auf alle Fälle gleichzeitig mit seiner Verabschiedung so geregelt werde, daß die Anpassung an die Belastung in den anderen deutschen Ländern auch erreicht wird. Am Schluß der Eingabe wird gesagt: „Wenn der Landtag mit Rücksicht auf die Finanzen von Staat und Gemeinden glaubt, auf die Bestimmungen des Art. 30 nicht ganz verzichten zu können, so müssen wir doch dringend bitten, die für seine Verbesserung im einzelnen vorgetragenen Gesichtspunkte zu berücksichtigen, dabei den vorgesehene „Ertragsatz“ von 6 auf 3 Prozent bis höchstens 4 Prozent herabzusetzen und den Abzug des persönlichen Arbeitsverdienstes auch hieran zu gestatten.“

Arbeitskalender für den Monat Juli.

(Nachdruck verboten.)

Die Erntezeit naht mit schnellen Schritten, und alles muß vorbereitet werden, um sie rasch unter Dach und Fach zu bringen. Man sehe die Erntemaschinen noch einmal genau zu und Sorge für die nötigen Hilfskräfte. Auf dem Felde werden die Haß- und Häufelarbeiten fortgesetzt; die Zuderrüben werden verzogen und die abgeernteten

auf die sch...
Veranlagun...
sichtig wer...
gesetz; a) G...
Gebäude-u...
föhren; B...
Bauernb...
zu Landwi...
lung der S...
Berücksicht...
der Reichs...
abgabegese...
dienen und...
lage befrie...
Gebäude...
abgabegese...
im übrigen...
sprache u...
Ernährungs...
gierung zu...
Julie...
S...
für Kleid...
Bänder...
Pfa...
Leb...
Badstr...
Kaffe...
Zi...
Hch...
sämtlic...
in Au...
Kaus...
Elektr. L...
Berichte üb...
die Frage d...
anstalten in...
politik gepr...
schlußfassun...
richt über d...
wortete sie...
über das H...
Antrags des...
wirtschaftl...
deutschen La...
Maßnahmen...
der wichtig...
hältnisse. Z...
Jahre 1920...
Grundpläne...
und ist best...
Nachdruck...
streben die...
findet. — S...
fident A d o...
Dankeworten

Markt-Anzeiger

auf die schwankenden Ernteerträge innerhalb ein und desselben Veranlagungsbezirks eine größere Zahl von Erntejahren berücksichtigt werden. 2. Bezüglich der Aenderung zum Landessteuergesetz: a) Eine Begrenzung der Gemeindeumlage aus Grund-, Gebäude- und Gewerbelast nach oben ist unbedingt durchzuführen; b) bei der Wertzuwachssteuer ist bei Verkäufen von bauernb landwirtschaftlich benützten Grundstücken von Landwirten zu Landwirt Steuerermäßigung vorzusehen. Bei der Staffelform der Steuererhebung ist die Besitzzeit des Veräußerers usw. zu berücksichtigen. 3. Die württ. Staatsregierung wird ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bei dem Wohnungszugabegesetz Gebäude und Gebäudeteile, die nur landw. Zwecken dienen und deshalb keinen Mietwert abwerfen, von der Umlage befreit werden. Ferner wird die Staatsregierung ersucht, Gebäudeflächen der württ. Landwirtschaft durch das Wohnungszugabegesetz unter keinen Umständen höher zu belasten, als dies im übrigen Deutschen Reich der Fall ist. — In der Aussprache werden verschiedene steuerliche Wünsche vorgetragen. Ernährungsminister Keil bespricht die Stellungnahme der Regierung zu den Beratungen der Landwirtschaftskammer. Es

könnte nicht jedes Gesetz und jede Verwaltungsmaßnahme von der Kammer behandelt werden, wenn sie auch mit Ernährungsfragen zusammenhängen, wie z. B. die Steuerfrage. Es sei bisher der Standpunkt vertreten worden, daß die Landwirtschaft sehr hart zur Steuerlast herangezogen werde. In der Gegenwart könne sich aber kein Stand über die Steuerzumeisung festlegen. An der furchtbaren Belastung des deutschen Volkes könne niemand etwas ändern. Mit den allgemeinen Gedanken der Entschliebung sei der Minister einverstanden, über Einzelheiten beständen jedoch Meinungsverschiedenheiten. Bezüglich der Veranlagung der Landwirte zur Steuereinschätzung erklärte Direktor Ströbel, daß das Landesfinanzamt zugestanden habe, daß die Landwirtschaftskammer beigezogen werde und daß deshalb das Jahr 1921 verhältnismäßig günstiger abgeklärt habe in der Steuerveranlagung.

Hierauf wurden die Anträge zu den Steuern gegen 2 Stimmen der Arbeitnehmer angenommen. Herrmann-Bausfelden und Reichrat Otterbach berichteten über das Auerbenrecht und begründeten folgenden Antrag: Die Landwirtschaftskammer hält im Interesse der Erhaltung leistungsfähiger landw. Betriebe die ge-

setzliche Einführung des Auerbenrechts für erwünscht und zwar in der Form der freiwilligen Eintragung in die Höferrolle. Der Auerbe soll das Recht erhalten, den landw. Grundbesitz ungeteilt zum Ertragswert mit einem Voraus zu übernehmen. Die Miterben sollen Anspruch auf hypothekarische Sicherstellung und Verzinsung ihrer noch nicht ausbezahlten Erbteile sowie für die Dauer ihrer Minderjährigkeit Anspruch auf Unterhalt haben. Dem überlebenden Ehegatten soll ein Anteilsrecht eingeräumt werden. Falls der Auerbe innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach dem Erbfall das Auerbengut weiterveräußert, soll er verpflichtet sein, die ihm durch das Auerbenrecht zugefallenen Vorteile zur Ausgleichung mit den Erben zu bringen und soll den Miterben ein Vorkaufrecht eingeräumt werden. Die Regierung wird ersucht, eine gesetzliche Regelung des Auerbenrechts in diesem Sinne zu veranlassen. — Der Antrag wurde angenommen. — Schiele-Wurzach und Reichrat Otterbach berichteten sodann über Leibgebirg und die Kollage der Alten, worauf der Antrag Annahme fand: Die Landwirtschaftskammer ersucht die Regierung, geeignete gesetzliche Maßnahmen zu veranlassen, die eine Anpassung der Leibgebirge an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse ermöglichen. — Hornung-Schaubel

Julie Schimpf - Badstrasse

empfiehlt
Samte und Seiden-Stoffe
für Kleider, Blusen und Ausputz in schwarz u. farbig.
Bänder, Spitzen u. Wäsche-Stickereien
in großer Auswahl.
Schneidereiartikel.

Pfannkuch & Co. Badstr. Nr. 340

Billigste Bezugsquelle
für
Lebens- und Futtermittel.

Carl Herzog Eisenhandlung

Ulmer Flügel,



Häufelpflügerkörper, Hack- u. Saatkörper,
Senfen, Sicheln, Dunggabeln,
Spaten, Haken, Fruchtbacken mit auswechselbaren Blättern,
Mailänder Wegsteine.

Plüsch-Hüte, Seiden-Hüte, Haar-Hüte Woll-Hüte und Stoff-Hüte

für Herren und Knaben
Stets Eingang von Neuheiten in Formen und Farben
Civil, Schüler- und Sport-Mützen
größte Auswahl
Hosenträger, Aufnäher- und Einlege-Sohlen
Reparaturen an Hüten und Mützen
empfiehlt

W. Schäberle, Hutmacher (neben dem Rathaus)

Lederstraße 122 K. O. Vinçon Fernsprech. 171

Stets frisch gebrannten Kaffee
Kakao :: Tee :: Schokolade
Krankenweine :: Malaga und Kognak
Teigwaren :: Hülsenfrüchte
Zigarren :: Zigaretten :: Tabake

Badstr. 367 Georg Pfeiffer Badstr. 367

Beste Bezugsquelle in
Kaffee, Tee, Schokolade, Kakao
Teigwaren
Zigarren, Zigaretten, Tabak

Albert Dalcolmo

mech. Schreinerei

Lieferung ganzer **Zimmereinrichtungen**
sowie einzelner Möbel :: Sessel in Eichen- und Buchenholz

Direkt ab Fabrik

erhalten Sie nach vorlegend. zahlr. Mustern
la. Herren- und Damen-Stoffe
in jeder Preislage u. Farbe beim Bezug durch
Adolf Schrag, Calw, Bischhoff-Str. 489.
Auf Wunsch Vorlage der Muster ohne Kaufzwang.

Hch. Essig, Flaschnerei und Installations-Geschäft

sämtliche **Haushaltungs-Gegenstände**
in Aluminium, Email, Kupfer, Messing und Weißblech
Haushaltungs-Maschinen und Wagen
Elektr. Lampen, Taschenlampen u. Feuerzeuge
in nur bester Qualität.

Schirme und Stöcke

in reicher Auswahl
Beziehen u. reparieren von Schirmen
Johanna Eberhard
J. Jenisch, Nachfolger

Spielwaren Glas- und Porzellanwaren Spezereiwaren

in großer Auswahl.
Amalie Feldweg

Berichte über Haftpflichtversicherung und beantragte, daß die Frage der Errichtung besonderer landw. Haftpflichtversicherungsanstalten in Württemberg vom Kammerausschuß für Wirtschaftspolitik geprüft und das Ergebnis der Hauptversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt wird. — Schultheiß Benz gab einen Bericht über die genossenschaftliche Viehverwertung und befragte sie in einer Entschliebung. Vogt-Gochsen berichtete über das Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft auf Grund eines Antrags des Kammervorstands, der dahin geht: Die Württ. Landwirtschaftskammer erblickt in dem von den Reichsorganisationen der deutschen Landwirtschaft aufgestellten Hilfswerk, wonach umfassende Maßnahmen zur Produktionssteigerung getroffen werden sollen, eines der wichtigsten Mittel zur Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. In richtiger Erkenntnis dieser Sachlage hat sie schon im Jahre 1920 die Grundpläne für die Förderung der Erzeugung in sog. Grundplänen für die einzelnen landw. Betriebszweige niedergelegt und ist bestrebt, die aufgestellten Förderungsmaßnahmen mit allem Nachdruck durchzuführen. Sie ist überzeugt, daß sie in diesem Bestreben die volle Unterstützung sämtlicher Landwirte Württembergs findet. — Hierauf wurden noch kleinere Gegenstände erledigt. Präsident Adorno schloß die Hauptversammlung um 2 Uhr mit Dankesworten.

Die Landwirtschaftskammer in Hohenheim.
(GWB.) Stuttgart, 7. Juli. Am Donnerstag nachmittag besuchten die Mitglieder der Landwirtschaftskammer gemeinsam Hohenheim und besichtigten vor allem die Gutswirtschaft der landwirtschaftlichen Anstalt. Der erst dieser Tage von der Deutsch-ungarischen Landwirtschaftsgesellschaft in Neu-Rumänien nach Hohenheim übergesiedelte Professor Münzinger, dem die Oberleitung der Gutswirtschaft untersteht, begrüßte die Kammermitglieder unter Führung des Präsidenten Adorno und des Direktors Ströbel. Oekonomierat Wies, der Hohenheimer Gutsinspektor, berichtete über den Gutsbetrieb, dem seit 1922 die Domäne Klein-Hohenheim zugehört. Die ganze Gutsfläche von 303 Hektar enthält 173 Hektar Ackerland, 16 Hektar Wiese und 58 Hektar Weide. Das Ackerland wird in zwei Fruchtfolgen bewirtschaftet, der Karlsrufer- und der Meiereifeldrotation. Bei einer Wagenfahrt durch die Felder konnte man sich von dem schönen Stand und den Erfolgen einer rationellen Düngung überzeugen. Ein Viertel des Feldes ist mit Winterweizen, je ein Sechstel mit Rübren und Zuckerrüben und Hafer bebaut, der Rest entfällt auf Kartoffeln u. a. Neben den 50 Ackerbauern, die zu den praktischen Arbeiten des Betriebs herangezogen werden, sind nur noch 14 männliche und 5 weibliche Dienstboten beschäftigt. Professor Walter führte durch die im Dezember v. J. gegründete Landesgeflügelzuchtanstalt, an der auch die Landwirtschaftskammer

beteiligt ist. Sie hat den Zweck, die praktische Geflügelzucht zu fördern und das wissenschaftliche Studium zu erleichtern. In einer Zentralbrutanstalt werden die Küden ausgebrütet, die dann als Eintagsküden oder im Alter von etwa 6 Wochen abgesetzt werden. Weiter wurden besichtigt die Vieh-, Schaf- und Schweinezucht des Gutsbetriebs. Die Rindviehherde besteht aus 38 Magüner, 17 Simmentaler und 27 Riederungstrassenrassen. Auch eine stattliche Fohlenherde und eine Schaffherde von 220 Stück, eine Schweinezucht mit 30 Mutterchweinen ist vorhanden. Hochinteressant war der Besuch der Versuchsfelder unter Führung von Professor Dr. Wacker und der betriebstechnischen Ausstellung unter Führung von Professor Maber. Erst gegen Abend begaben sich die Teilnehmer zu einer geselligen Unterhaltung in das Studentenheim. Präsident Adorno brachte den Dank der Kammermitglieder an die Führer zum Ausdruck und schloß mit einem Hoch auf Hohenheim. Professor Dr. Wacker erinnerte an die Jahrhundertfeier und die bevorstehende Neuordnung der Hochschule. Er betonte das gute Einvernehmen zwischen der Landwirtschaftskammer und Hohenheim und trank auf das glückliche Zusammenarbeiten. In einer humorvollen Ansprache gab Reichslandsabg. Feilmayr den Eindrücken des Tages Ausdruck und zog Parallelen zu der Landwirtschaft in früheren Jahrzehnten. Um 1/2 9 Uhr kehrten die Kammermitglieder, hochbefriedigt von dem Gesehenen, nach Stuttgart zurück.

